

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und dem Hauptpostamt 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. Einzelnummern 10 Pf. Wochensatz 1,80 Mk. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Wilsdruff-Dresden: Die Zeitungs-Verwaltung des Wilsdruffer Tageblattes, die Zeitungs-Verwaltung des Wilsdruffer Tageblattes, die Zeitungs-Verwaltung des Wilsdruffer Tageblattes.

Nr. 224. — 83. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Wilsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2040

Mittwoch 24. September 1924

Das große „Aber“.

Von besonderer politischer Seite wird uns zu der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund geschrieben:

Bei den zahlreichen Bemühungen, Deutschland zum Eintritt in den Völkerbund zu veranlassen, Bemühungen, die nicht nur von deutschen Parteien und Einzelpersonlichkeiten unternommen werden, sondern die auch namentlich von seinen gewisser Neutralen ausgehen, ist die auffallendste die Reise Kaufens, des norwegischen Vertreters im Völkerbund, gewesen, die er in den letzten Tagen von Genf aus nach Heiligenberg am Bodensee unternommen hat. Dort wollte nämlich der Reichskanzler und mit ihm sowie anderen deutschen Politikern hat er eine Besprechung über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gehabt. Angeblich soll er für diesen Eintritt nicht nur eine beschleunigte Nahrungsmittelversorgung versprochen haben, sondern auch einen deutschen Sitz im Völkerbundsrat. Allerdings könne dieser Eintritt aus äußeren Gründen nicht mehr durch die gegenwärtig tagende Versammlung vollzogen werden, sondern erst auf einer besonderen Tagung Ende dieses Jahres. Bis dahin werde wohl auch ein Ausnahmeforschlag der türkischen Regierung vorliegen und in Amerika auf Grund der Präsidentenwahl eine Klärung in der Haltung auch dieses bis jetzt in Genf ja nicht vertretenen Staates erfolgt sein.

Der Reichskanzler hat dann am Sonntag auf einer Versammlungsversammlung in Radolfzell eine Rede gehalten, in der die Völkerbundidee gefeiert wurde und die Mitteilung erfolgte, daß sich die Regierung in ihrem Kabinettsrat am Dienstag über die Frage des Eintritts in den Völkerbund schlüssig werden würde.

Die Beratung wird nicht unter günstigen Eindrücken aus Genf stehen. Denn gerade jetzt wieder sind die deutschen Interessen in einer Weise behandelt worden, die in der Praxis der Völkerbundidee geradezu Hohn spricht. Das eine ist die Verschleppung der saarländischen Besatzung gegen das Verhalten der Saarregierung in der Frage der Befestigung und die zollpolitische Behandlung deutscher Waren; das andere der Militärskontrollvorschlagn, der die schlimmsten Erwartungen übertrifft. Daß dieses Kontrollsystem überhaupt nur gegen die ehemaligen Mittelmächte sich richtet, der Grund also, zwischen den Siegern und Besiegten eine verschiedene Behandlung zu vereinigen, dabei die Neutralen fern zu halten, dafür aber auch Staaten wie Polen und die Tschechoslowakei bei der Durchschneidung Deutschlands heranzuziehen, zeigt nicht gerade von dem Bestreben, „die Gerechtigkeit herrschen zu lassen“, wie es in der Einleitung zum Völkerbundstatut so überaus schön heißt. Demgegenüber verschwindet ganz und gar das Angebot einer beschleunigten Nahrungsmittelversorgung, weil hierdurch die Nahrungsmittelversorgung zum Handelsobjekt gemacht wird, also eine Maßnahme, deren Rechtmäßigkeit doch sogar von England konstatiert worden ist. Und wer hat Kaufens zu seiner Erklärung ermächtigt?

Der Platz im Völkerbundsrat wird durch den Artikel 4 des Völkerbundstatuts geregelt, wonach mit Zustimmung der Mehrheit der Bundesversammlung der (bisherige) Rat andere Bundesmitglieder bestimmen kann, die von da ab ständig im Rat vertreten sind. Allerdings folgt dann im nächsten Artikel die gefährliche Bestimmung, daß für alle Beschlüsse des Rates Einstimmigkeit notwendig sein muß. Abgesehen von der Bundesversammlung, soweit nicht ausdrücklich anderes bestimmt ist. Das letztere gilt nur für den Beitritt neuer Staaten. Hierbei ist nur die Zustimmung von zwei Drittel der Versammlung vorgeschrieben, aber — und nun kommt das große „Aber“: die den Eintritt erbetende Macht muß „für ihre aufrichtige Absicht, ihre internationalen Verpflichtungen zu beobachten, wirksame Gewähr leisten (nach dem französischen Text: „effektive Garantien geben“).

Zu diesen internationalen Verpflichtungen gehört vor allem der Versailler Vertrag und alles, was drum und dranhängt, also auch z. B. die Völkerbundsentscheidungen über Oberschlesien, das Memelland. Und damit auch der Artikel 231, wonach Deutschland „anerkennt“, daß wir und unsere Verbündeten Urheber des Krieges sind, den wir den alliierten und assoziierten Mächten aufgezogen hätten, eine Ansicht, die ja bei der beabsichtigten Militärskontrolle des Völkerbundes bei den Mittelmächten wieder in deutlichster Form zum Ausdruck kommt. Denn in der Einleitung des Völkerbundstatuts heißt es ja zum Überschuß auch ausdrücklich, daß „die Vorschriften des internationalen Rechts, die fürderhin als Richtschnur für das tatsächliche Verhalten der Regierungen anerkannt sind, genau beobachtet werden müssen“. Das ist aber u. a. auch der Versailler Vertrag. Das ist aber auch natürlich vor allem das Völkerbundstatut selbst. Und dort schon finden wir im Artikel 22 die berühmte Bestimmung der deutschen Kolonien an die „Mandatar“-Mächte festgelegt, deren Ausführung aber in der Praxis bekanntlich einfach dazu geführt hat, daß diese Kolonien vollständig als Eigentum der „Mandatar“-Macht betrachtet werden, teilweise, wie Südwestafrika und unsere Südpazifikinseln, geradezu als „integrierender Bestandteil“ des Gebietes der Mandatarmacht erklärt wurden.

Das ganze Völkerbundstatut ist eben auf den Geist des Versailler Vertrages gearändert und schafft damit selbst

Das Schicksal der deutschen Anleihegesuche in Amerika

(Eigener Fernsprechkdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)

New York, 23. September. Nach einer Meldung der „Times“ suchen außer Berlin auch Dresden und Hamburg hier eine Anleihe. Die amerikanischen Bankiers wollen aber die Gesuche erst in Angriff nehmen, wenn die internationale Anleihe abgeschlossen worden ist. Die Unterzeichnung der Kredite für das Ruhrkohlenloanditat wird in kürzester Zeit erwartet, da die notwendigen Besprechungen so gut wie abgeschlossen sind.

Zu den deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen.

(Eigener Fernsprechkdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)

London, 23. September. „Daily Mail“ meldet zu den deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen aus Berlin, daß von England das Angebot gemacht worden ist, gegen die 26-prozentige Reparationsabgabe die Meißbegünstigungsklausel einzutauschen.

Die Verhandlungen über den deutsch-französischen Handelsvertrag.

(Eigener Fernsprechkdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)

Paris, 23. September. Der Pariser deutsche Geschäftsträger Boshoff hat gestern im Auftrag der Reichsregierung dem Ministerpräsidenten Herriot davon in Kenntnis gesetzt, daß am 1. Oktober die deutsche Kommission unter Führung des Staatssekretärs v. Treubenberg zu Verhandlungen wegen des deutsch-französischen Handelsvertrages in Paris eintreffen wird.

Steuererleichterung für die Landwirtschaft

(Eigener Fernsprechkdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)

Berlin, 23. September. Der Reichsfinanzminister hat mit Rücksicht auf die Lage der Landwirtschaft für bestimmte abgegrenzte Bezugsgebiete, in denen mehr als 50 v. H. vernichtet sind, außerordentliche Erleichterungen in der Steuerbeziehung gewährt.

für Bundesmitglieder zweiterlei Recht. Wie sehr, das bewies neulich die Rede des ungarischen Grafen Apponyi. Eine „Idee“ ist zwar etwas ganz Schönes, bloß haben wir Deutsche unsere Interessen so oft „Ideen“ geopfert, daß läßt abwägende Beurteilung über das praktische Für und Wider endlich am Platze sein dürfte. Nach den Erfahrungen, die wir als Außenstehende gemacht haben, und — man denke an die „Neutralisierung“ der Rheinlande — wohl noch machen werden, ist ebenso, wie nach den Erfahrungen, die das Bundesmitglied Ungarn gemacht hat, die von Dr. Stresemann empfohlene Zurückhaltung und die alleinige Prüfung nach der Seite der Zweckmäßigkeit, aber nach der nationalen Zweckmäßigkeit, doch wohl das einzig Gegebene.

Der Kabinettsrat.

n. Berlin, 22. September.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist heute nach Berlin zurückgekehrt, Reichskanzler Marx wird jeden Augenblick erwartet. Dem morgigen Kabinettsrat wird mit größter Spannung entgegengeesehen. Dr. Stresemann soll heute abend noch eine Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord d'Abernon haben über den Inhalt eines aus London heute hier eingetroffenen amtlichen Schriftstückes, das Antwort auf Anfragen der deutschen Regierung über Einzelheiten in bezug auf den Völkerbund enthält. Ob und in welchem Sinne die Entscheidung des Kabinettsrats wegen des Eintritts Deutschlands schon jetzt fallen wird, läßt sich heute noch nicht sagen. Man spricht auch von einer Bestätigung des Reichstages.

Dr. Held über Bayerns Politik.

Dawes-Gesetz / Hitlerputsch / Völkerbund Kriegsschuldfrage / Bürgerblock / Ludendorff Staatspräsident für Bayern.

München, 22. September.

In Luntenhausen tagte der Bayerische Patriotische Bauernverein. Mit den Ministern Stübel und Oswald war auch Ministerpräsident Dr. Held erschienen. Er nahm das Wort zu einer längeren Rede, in der er ausführte, trotz schwerster Bedenken sei die bayerische Staatsregierung für die Dawes-Gesetze eingetreten. Die Annahme der Gesetze sei notwendig gewesen, wenn nicht das deutsche Volk in kürzester Frist einer fürchterlichen Wirtschaftskatastrophe und ebenso großen politischen Katastrophe entgangen wolle. Einen Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands bedeutet die Annahme des

Einschränkung bei der Reparationskommission.

(Eigener Fernsprechkdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)

Paris, 23. September. Ueber eine Umgestaltung und Einschränkung der Reparationskommission auf Grund des Londoner Protokolls verläutet hier, daß die Reparationskommission im Hotel Astoria ihren bisherigen Sitz aufgeben würde. Es heißt, daß die Reparationskommission ein bedeutend kleineres Hotel mieten würde. Es ist auch möglich, daß jede der alliierten Delegationen in dem betreffenden Geschäftsbau untergebracht wird. Die geplante Einschränkung der Reparationskommission bedeute eine jährliche Ersparnis von über einer Million Goldmark.

Das Ende der bolschewistischen Einfälle in Bessarabien.

(Eigener Fernsprechkdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)

Paris, 23. September. „Matin“ erfährt aus Bukarest, daß die bolschewistischen Banden, die kürzlich drei Dörfer in Süd-Bessarabien durch ihren Einfall in Aufregung versetzten, gefangen genommen worden sind. Die Banditen, die mit Maschinengewehren und Handgranaten bewaffnet waren, töteten mehrere Gendarmen und plünderten ein Postamt aus und verbrachten die Dorfbevölkerung aufzuwecken. Besonders erwähnt wird in dem Bericht die Haltung des deutschen Dorfes Sarata, dessen Bevölkerung allein man die Gefangenahme der Banditen verdankte. Es ist beabsichtigt, dem Vertreter dieser Gemeinde für das tapfere Verhalten Ehrenzeichen zu übergeben.

Die Schlacht an der mandschurischen Grenze im Gange.

(Eigener Fernsprechkdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)

London, 23. September. Aus Tokio wird gemeldet, daß zwei Divisionen der mandschurischen Armee nach einer entscheidenden Schlacht mehrere chinesische Regimenter in die Flucht geschlagen haben.

Dawes-Gesetzes. Zur Vermeidung der Wirtschaftskatastrophe, und weil wir die Leiden unserer Volksgenossen in der Pfalz und am Rhein nicht länger mit ansehen konnten, weil das ganze deutsche Volk an den Reparationen teilnehmen muß und nicht nur die besetzten Gebiete, hat sich auch die bayerische Staatsregierung auf den Standpunkt der Annahme der Gesetze stellen müssen, um des Vaterlandes willen. Wenn man im vorigen Jahr dem Hitlerputsch freie Hand gelassen hätte, dann hätte es kein Dawes-Gesetz gegeben, weil feins mehr notwendig gewesen wäre, denn dann wäre das deutsche Vaterland der Vernichtung preisgegeben gewesen. Die Politik der Putsche, wie wir sie in Bayern erlebt haben, habe die guten Ansätze und die gute Entwicklung vom Jahre 1920 entzwei geschlagen und die Bayern im Reiche zum Gegenstand der Verachtung gemacht. Zur Frage des Völkerbundes erklärte der Ministerpräsident, der Idee nach sei der Völkerbund immer von uns anerkannt worden, aber Idee und Wirklichkeit seien immer zweierlei Dinge. Im gegenwärtigen Augenblick lehnt der Redner den Eintritt in den Völkerbund ab. Es geht nicht an, daß etwa der Reichspräsident oder das Reichskabinet über diese das ganze deutsche Volk in allen seinen Interessen so tief berührende Frage allein zu entscheiden hätten, sondern hier reklamieren ich ausdrücklich das Recht, daß auch der einzelne Staat und die einzelnen Regierungen bei der Entscheidung mitreden. Dr. Held sagte, er stehe auf dem Standpunkt, daß unter allen Umständen jetzt auch dem Ausland die Stellung Deutschlands zur Kriegsschuldfrage notifiziert wird. Zur Frage des Bürgerblocks erklärte der Ministerpräsident Held: Wir sind in der bayerischen Regierung der Überzeugung, daß die deutsche Politik nur eine rechtsgerichtete bürgerliche Politik sein kann. Der Bürgerblock im Reichstag darf nicht verhindert werden.

Dann wandte Dr. Held sich in längerer Polemik gegen General Ludendorff und gegen die verbottenen Verbände. Wir müssen wieder zu einer Art zweiter Kammer und zu einem Repräsentanten des bayerischen Staates kommen; wenn es nicht anders geht, zunächst in der Form des Staatspräsidenten, der auch Berlin gegenüber eine andere Machtfülle in der Hand hat als heute das Gesamtministerium. Der Ministerpräsident schloß: Sorgt dafür, daß das treue christliche bayerische Volk wie ein Mann zusammensteht und alles abwehrt, was nicht bayerisch, nicht deutsch und nicht christlich ist.

Reichstagswahl in Oberschlesien.

Geringe Beteiligung.

Am Sonntag fanden in Oberschlesien die Reichstagsnachwahlen statt. Sie mußten vorgenommen werden auf Grund eines Protestes der Wirtschaftspartei, deren Liste von den Wahlen am 4. Mai d. J. ausgeschlossen worden war.